



Sächsisches Amtsblatt

Amtlicher Anzeiger Nr. 17/2021

29. April 2021

Inhaltsverzeichnis

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Studentenwerkes Dresden
Ordnung zur Änderung der Geschäftsordnung vom
25. Februar 2021 A 250

Bekanntmachung des Regionalen Planungsver-
bands Leipzig-Westsachsen zur Durchführung der
2. Sitzung des Braunkohlenausschusses in der
VII. Legislaturperiode (öffentliche Sitzung) vom
14. April 2021 A 251

Haushaltssatzung der Sächsischen Anstalt für kom-
munale Datenverarbeitung (SAKD) für das Haus-
haltsjahr 2021 vom 19. April 2021 A 252

Gerichte

Aufgebotsverfahren..... A 254

Nachlass-Sachen A 255

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Studentenwerkes Dresden Ordnung zur Änderung der Geschäftsordnung

Vom 25. Februar 2021

Aufgrund von § 6 Absatz 4 Satz 2 der Grundordnung des Studentenwerkes Dresden vom 3. Februar 2009 (Sächs-ABl. AAz. S. A 174) in der Fassung der Ordnung zur Änderung der Grundordnung des Studentenwerkes Dresden vom (Sächs-ABl. AAz. S. A 514 f.) hat der Verwaltungsrat des Studentenwerkes die folgende Ordnung zur Änderung seiner Geschäftsordnung beschlossen:

§ 1 Änderungen

§ 5 (Beschlussfähigkeit, Beschlussfassung) wird wie folgt geändert:

1. In Abs. 1 wird folgender S. 3 angefügt:
„Für Sitzungen des Verwaltungsrates, die gem. § 6 Abs. 6 der Grundordnung wegen einer epidemischer Lage von nationaler Tragweite ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum (Videokonferenz) durchgeführt werden, gelten die Regeln über die Beschlussfähigkeit entsprechend.“
2. In Abs. 2 S. 3 werden die Verweise „§ 5 Abs. 3, Satz 2 und Abs. 4 S. 3 sowie“ teilweise gestrichen.
3. In Abs. 2 S. 3 werden folgende Sätze angefügt:
„Bei Videokonferenzen wird eine geheime Abstimmung durch ein anschließendes Briefwahlverfahren nach Abs. 7 durchgeführt.“
4. In Abs. 2 wird nach Abs. 6 folgender Abs. 7 angefügt:
„Im Falle von geheimen Wahlen oder geheimen Abstimmungen wird im Anschluss an die Videokonferenz nach den allgemeinen Regeln für Briefwahlen verfahren. Die Abstimmung wird durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrates mittels Brief an die stimmberechtigten Verwaltungsratsmitglieder eingeleitet. Er kann damit auch den Geschäftsführer beauftragen. Dem Brief sind der mit dem Dienstsiegel gekennzeichnete Stimmzettel gem. Abs. 5 S. 2, ein neutraler Stimmzettelumschlag,

eine Erklärung zur Abstimmung und ein frankierter Rückumschlag mit der Kennzeichnung

„Persönlich

Geschäftsstelle des Verwaltungsrates“

beizufügen. Im Brief des Verwaltungsratsvorsitzenden wird die Frist festgelegt, innerhalb welcher die Stimmabgabe zu erfolgen hat. Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit der Stimmabgabe ist der Eingang beim Studentenwerk Dresden. Dafür ist der beigelegte frankierte Antwortumschlag zu verwenden. Die Stimmabgabe erfolgt durch Ankreuzen auf dem Stimmzettel. Danach wird dieser in den neutralen Stimmzettelumschlag gesteckt und der Stimmzettelumschlag verschlossen. Mit der Erklärung zur Abstimmung bestätigt das Verwaltungsratsmitglied, seine Stimmabgabe persönlich unter Wahrung des Abstimmungsgeheimnisses vorgenommen zu haben. Diese Erklärung ist zusammen mit dem Stimmzettelumschlag im Rückumschlag innerhalb der Abstimmungsfrist an die Geschäftsstelle des Verwaltungsrates zu übersenden. Die Geschäftsstelle öffnet im Beisein des Geschäftsführers die Rückumschläge und trennt die Erklärungen von den Stimmzettelumschlägen, die bis zum Ende der Abstimmungsfrist verschlossen aufzubewahren sind. Nach Ende der Abstimmungsfrist werden durch die Geschäftsstelle im Beisein des Geschäftsführers alle fristgerecht eingereichten Stimmzettelumschläge unter Wahrung des Abstimmungsgeheimnisses geöffnet und das Ergebnis festgestellt, soweit der Vorsitzende des Verwaltungsrates nichts anderes bestimmt. Der Geschäftsführer teilt das Abstimmungsergebnis den Mitgliedern des Verwaltungsrates mit. Dies kann auch per E-Mail erfolgen.“

§ 2 Inkrafttreten

Diese Ordnung zur Änderung der Geschäftsordnung tritt mit ihrer Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt/Amtlicher Anzeiger in Kraft.

Dresden, den 25. Februar 2021

Studentenwerk Dresden
Martin Richter
Geschäftsführer

Bekanntmachung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West-sachsen zur Durchführung der 2. Sitzung des Braunkohlenausschusses in der VII. Legislaturperiode (öffentliche Sitzung)

Vom 14. April 2021

Die 2. Sitzung des Braunkohlenausschusses des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West-sachsen in der VII. Legislaturperiode findet am

**Donnerstag, dem 6. Mai 2021, 14:00 Uhr,
im Bürgerbegegnungszentrum
der Gemeinde Neukieritzsch,
Schulplatz 3, 04575 Neukieritzsch,**

statt.

Für die Sitzung wird die nachfolgende Tagesordnung vorgeschlagen.

- 1 Begrüßung, Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit, Feststellung der Tagesordnung, Protokollkontrolle
- 2 Braunkohlenplan Tagebau Vereinigtes Schleenhain – Sachstand und Handlungsbedarf zur Planfortschreibung ausgehend vom Kohleausstiegs- und Strukturstärkungsgesetz
- 2.1 Statements der Hauptbeteiligten zur Situation
 - MIBRAG mbH – Vorstellung der Revierplanung 2021
 - Kohleausstieg und Strukturwandel aus der Sicht des Kraftwerks Lippendorf
 - Abbau und Wiedernutzbarmachung – Handlungsbedarf aus bergrechtlicher Sicht (Oberbergamt)
 - Tagebauentwicklung aus der Perspektive der Stadt Groitzsch und der Gemeinde Neukieritzsch
- 2.2 Analyse der Verbandsverwaltung zur Situation, Vorschlag zur weiteren Herangehensweise einschließlich SUP-Monitoring und informeller Begleitung sowie Austausch zur Gesamthematik
- 2.3 Beschlussempfehlung des Braunkohlenausschusses zur Planfortschreibung – Beratung und Beschlussfassung (Beschluss Nr. VII/BKA/02/01/2021)

- 3 Verschiedenes (Informationen der Verbandsverwaltung; Aufzählung nicht abschließend)

- Länderübergreifendes Regionales Entwicklungskonzept (LÜREK) zum Tagebaubereich Profen
- Strukturwandel und Einbindung der Regionalplanung in Entscheidungsprozesse
- Photovoltaik-Projekt im Kippenbereich Witznitz aus regionalplanerischer Sicht
- Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern zur Braunkohlesanierung
- Situation an der Kanuparkschleuse zwischen Störmthaler und Markkleeberger See
- Bündelungsgremium Braunkohlenbergbau und Gebietswasserhaushalt
- Aktuelles zur Regionalplanung

Im Anschluss an die Sitzung wird eine Befahrung des circa 3 km vom Tagungsort entfernt liegenden Aussichtspunkts am Tagebau Vereinigtes Schleenhain mit eigenen PKW beziehungsweise Fahrgemeinschaften in Eigeninitiative und mit Fachbegleitung durch Verbandsverwaltung und MIBRAG mbH angeboten.

Ange-sichts der derzeitigen Corona-Pandemiesituation sind weiterhin angemessene Hygieneregeln zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Sitzungsdurchführung notwendig. Diese umfassen insbesondere die Erfassung der Kontaktdaten aller Sitzungsteilnehmer im Einklang mit den datenschutzrechtlichen Bestimmungen zur Sicherung von Nachverfolgungsmöglichkeiten bei Corona-Verdachtsfällen, die Gewährleistung ausreichender Abstände zwischen den Sitzungsteilnehmern im Tagungsraum, die Begrenzung der Kapazität für Öffentlichkeit und Medien auf 15 Plätze, die Beschränkung des Caterings und eine Mundschutzpflicht im Objekt außerhalb des Tagungsraums. Die Sitzungsdauer wird auf das absolut erforderliche Maß beschränkt.

Weitere Informationen sind auf der Homepage des Planungsverbandes (www.rpv-west-sachsen.de) eingestellt. Für den Fall, dass sich im Vorfeld der Sitzung coronabedingt noch aktuelle Informationen ergeben, werden diese an gleicher Stelle bekanntgegeben.

Leipzig, den 14. April 2021

Regionaler Planungsverband Leipzig-West-sachsen
Henry Graichen
Verbandsvorsitzender

Haushaltssatzung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) für das Haushaltsjahr 2021

Vom 19. April 2021

Aufgrund von § 10 Absatz 3 des Gesetzes über die Errichtung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 128), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 422) geändert worden ist, in Verbindung mit § 88b Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 2. Juli 2019 (SächsGVBl. S. 542) geändert worden ist, hat der Verwaltungsrat der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) in der Sitzung am 30. März 2021 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021, der die für die Erfüllung der Aufgaben der SAKD voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird:

im Ergebnishaushalt mit dem

– Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	13.314.000 EUR
– Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	13.314.000 EUR
– Saldo aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen (ordentliches Ergebnis) auf	0 EUR
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge auf	0 EUR
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 EUR
– Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (Sonderergebnis) auf	0 EUR
– Gesamtergebnis auf	0 EUR
– Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren auf	0 EUR
– Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren auf	0 EUR
– Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0 EUR
– Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0 EUR
– veranschlagten Gesamtergebnis auf	0 EUR

im Finanzhaushalt mit dem

– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	12.563.000 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	12.563.000 EUR
– Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit als Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	0 EUR
– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	1.703.000 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	1.703.000 EUR
– Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 EUR
– Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus dem Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 EUR
– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR
– Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR
– Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr auf	0 EUR

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf, wird auf 450.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Hebesätze werden nicht festgesetzt.

§ 6

Weitere Festsetzungen gemäß § 74 Abs. 2 Satz 2
SächsGemO:
Wertgrenzen:
Wertgrenze gem. § 4 Abs. 4 S. 4 SächsKomHVO:
Maßnahmen bis zu einem Wert von 130.000 EUR können
zusammengefasst werden.

Bischofswerda, den 19. April 2021

Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung
Emanuel
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Gerichte

Aufgebotsverfahren

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 61/20

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE49 8705 0000 4400 7008 74, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51 in 09111 Chemnitz auf den Namen Kurt Peter Schulze, wohnhaft Weigeltweg 4, 09405 Zschopau, wird der Ausschließungsbeschluss

vom 9. April 2021 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz im Zimmer 2.121 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 12. April 2021

Amtsgericht Chemnitz
Pfaff
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 10/21

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 14. April 2021 folgendes Aufgebot veröffentlicht worden:

Herr Dr. Rolf Hildebrandt, Grüner Weg 20, 61462 Königstein hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung der abhandengekommenen oder vernichteten Urkunde Nummer 0001362, ausgestellt durch die Chemnitzer Siedlungsgemeinschaft eG, Hoffmannstraße 47, 09112 Chemnitz, beantragt. Es handelt sich um eine Sparurkunde, Berechtigter ist laut eigenen Angaben Dr. Rolf Hildebrandt, Grüner Weg 20, 61462 Königstein.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 14. Juli 2021 seine Rechte schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Das Aufgebot wird hiermit öffentlich zugestellt und kann eingesehen werden in der Geschäftsstelle des Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz. Die öffentliche Zustellung setzt Fristen in Gang, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 15. April 2021

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

Nachlass-Sachen

Amtsgericht Bautzen
– Nachlassgericht –
Aktenzeichen: VI 44/21

Öffentliche Aufforderung

Am 28. November 2020 verstarb Bodulf Harald Gersch, geboren am 12. Dezember 1965, letzter gewöhnlicher Aufenthalt: Kreckwitzer Straße 1, 02694 Malschwitz.

Frau Ingeburg Barbara Metasch hat als Erbe zum Zwecke der Ausschließung von weiteren erbberechtigten Abkömmlingen des am 28. November 2020 zwischen Malschwitz und Kleinbautzen, zuletzt wohnhaft in 02694 Malschwitz, Kreckwitzer Straße 1 verstorbenen Bodulf Harald Gersch die öffentliche Aufforderung gemäß § 352d des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit beantragt.

Als gesetzlicher Erbe des verstorbenen Bodulf Harald Gersch kommt auch das geborene nichteheliche Kind als Alleinerbe in Betracht. Sollte das Kind vor dem Erblasser verstorben sein, so treten seine Abkömmlinge an seine Stelle. Der in Frage kommende gesetzliche Erbe will sich unter Darlegung des Verwandtschaftsverhältnisses binnen sechs Wochen ab Veröffentlichung beim Amtsgericht Bautzen melden, andernfalls der Erbschein ohne Berücksichtigung seiner Erbrechte erteilt wird.

Bautzen, den 24. März 2021

Amtsgericht Bautzen
Roehl
Rechtspflegerin

Amtsgericht Bautzen
Aktenzeichen VI 816/13

Öffentliche Aufforderung

In dem Nachlassverfahren ist am 6. April 2021 folgende Entscheidung ergangen:

Am 17. Juni 2013 verstarb Franz Wilhelm Herbert Sens, geb. am 31. August 1930 in Karzig, zuletzt wohnhaft gewesen in 02692 Großpostwitz./O.L., Cosuler Straße 2 B.

Die bekannten gesetzlichen Erben der 1. und 2. Ordnung haben die Erbschaft ausgeschlagen. Gesetzliche Erben der 3. Ordnung konnten nicht ermittelt werden: Die Eltern des Erblassers, Franz Sens und Marie Sens, geb. Klepel, sind vorverstorben. Zu deren Eltern und gegebenenfalls vorhandenen Geschwistern gibt es keine weiteren Angaben.

Alle Personen, denen Erbrechte am Nachlass zustehen, werden aufgefordert, diese Rechte binnen sechs Wochen ab Veröffentlichung beim Nachlassgericht Bautzen, 02625 Bautzen, Lessingstraße 7) anzumelden.

Anderenfalls wird gemäß § 1964 des Bürgerlichen Gesetzbuches festgestellt, dass ein anderer Erbe als der sächsische Fiskus nicht vorhanden ist.

Der Nachlass besteht im Wesentlichen aus anteiligem Grundbesitz (landwirtschaftliche Flächen); der Wert wird mit anteilig circa 1 000 Euro angegeben. Es bestehen jedoch Forderungen in ungefähr gleicher Höhe.

Bautzen, den 6. April 2021

Amtsgericht Bautzen
Fischer, JARin
Rechtspflegerin

Anzeige



Einbanddecken Jahrgang 2020

Bestellung

Anzahl

Preis*

Einbanddecken 2020

___ SächsGVBl. (1 Bd.)	11,50 EUR
___ SächsABl. (3 Bde.)	32,50 EUR
___ SächsABl. SDr. (1 Bd.)	11,50 EUR

* Alle Preise verstehen sich zzgl. MwSt. und Versand.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Unterschrift

BESTELLUNG BITTE DIREKT AN

SV SAXONIA VERLAG
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Lingnerallee 3 | 01069 Dresden
Telefon (03 51) 48 52 60
office@saxonia-verlag.de
www.saxonia-verlag.de

Fax (03 51) 4 85 26 61